

Rathaus-Journal

Bonn – Sommer 2023

BONN-ZENTRUM

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,



in dieser sommerlichen Ausgabe unseres „Rathaus-Journals“ widmen wir uns dem beschlossenen Doppelhaushalt 2023/2024 und den politischen Schwerpunkten, die von Oberbürgermeisterin und Grünen/SPD/Linken/Volt in diesem gesetzt wurden.

Der städtische Personalapparat wächst unter dieser Oberbürgermeisterin um 700 Stellen, das entspricht rund 10 Prozent beziehungsweise 50 bis 60 Millionen Euro jährlichen Mehrausgaben. Zu Lasten kommender Generationen wird die Verschuldung unserer Stadt bis zum Jahr 2027 verdoppelt und liegt dann bei unglaublichen 3,6 Milliarden Euro. Die Gewerbe-, Beherbergungs-, Zweitwohnsitz- und Vergnügungssteuer werden erhöht, was insbesondere infolge der massiven Gewerbesteuererhöhung den weiteren Wegzug von Unternehmen und den Verlust von Arbeitsplätzen bedeuten wird.

Nach wie vor bildet der verabschiedete Haushalt uns durchaus bekannte Risiken nicht angemessen ab und die Genehmigung durch die Kommunalaufsicht bleibt fraglich. Weder die kommenden Besoldungssteigerungen der Beamten noch zu erwartende Großbaustellen, wie das Stadthaus, die Oper oder auch die Stadthalle Bad Godesberg, sind

im Haushalt entsprechend etatisiert. Gleiches gilt für eine Komplettumsetzung des städtischen Bäderkonzeptes. Die jenseits des städtischen Haushaltes zusätzlich „isolierten“ Schulden in Folge der Corona-Krise oder der Kostensteigerungen in Folge des Ukraine-Krieges kommen noch oben drauf.

Bei aller Notwendigkeit in Sachen Klimaschutz und Fahrradfreundlichkeit deutlich nachzulegen, decken diese Themen die Bedürfnisse unserer Stadtgesellschaft nicht angemessen ab. Als nächstes Großprojekt der grün-linken Koalition steht nun die zukünftige Einspurigkeit der Adenauerallee/B9 auf dem Programm. Dies zugunsten einer schöneren Fahrradspur, obwohl parallel auf der Kaiserstraße und am Rheinufer Fahrradfahrende bereits Vorrang haben. Dauerstau und Umwegfahrten sollen anscheinend dem Klimaschutz dienen. Die Bereiche Kinder, Jugend, Familie oder auch der Sport kommen hingegen deutlich zu kurz. Die dilettantischsten Haushaltsberatungen der letzten Jahrzehnte haben uns einen unsozialen Haushalt beschert, dessen Schwachstellen offen zutage treten.

Lassen Sie uns zu diesen, aber gerne auch allen anderen Themen, ins Gespräch kommen. Unter „sprechstunde@



Fotos: CDU-Ratsfraktion Bonn, AdobeStock/travelview

Guido Déus MdL

Vorsitzender der Stadtratsfraktion

cduratsfraktion-bonn.de“ oder Telefon (02 28) 77 20 44 nehmen wir Ihre Anliegen gerne entgegen.

Wir wünschen Ihnen von Herzen eine schöne Sommerzeit mit Zeit für Familie und gute Freunde.

Ihr Guido Déus MdL



Großer Vergleich
Vorschläge CDU vs. Beschlüsse OB und Grüne/SPD/Linke/Volt
Seite 2/3



Hände weg von der Adenauerallee!
Die Fakten sprechen eine eindeutige Sprache
Seite 4

Vorschläge der CDU-Ratsfraktion Bonn zum Haushalt:

1. Klimaplan

- ✓ Das 50-Mio.-Euro-Budget „Klimaplan“ um rd. 16 Mio. Euro für 2024 reduzieren
- ✓ Erstmal kein neues zusätzliches Personal für die Umsetzung des Klimaplans
- ✓ Aufgaben können in den Fachbereichen mit den breit zugeordneten Stellen starten

2. Kinder, Jugend und Familie

- ✓ 100-prozentige Finanzierung der freien KiTa-Träger zur Sicherung und Neugewinnung von KiTa-Plätzen
- ✓ Bessere finanzielle Ausstattung des Jugendförderplans und der offenen Jugendarbeit

3. Inklusion

- ✓ Schwimmbad im Gustav-Heinemann-Haus sanieren, damit das Behindertenschwimmen in Bonn möglich bleibt

4. Soziales

- ✓ Keine Reduzierung der Personalkostenerstattungen bei der freien Wohlfahrtspflege

5. Sauberkeit und Sicherheit

- ✓ Stärkung des Stadtordnungsdienstes, um die Sicherheit in den Stadtbezirken auszuweiten
- ✓ Der zunehmenden Vermüllung öffentlicher Plätze und Orte entgegenwirken

6. Bürgerservice

- ✓ Bürgerservice in den Rathäusern der Stadtbezirke wieder ausbauen
- ✓ Zusätzliche Digitalisierungsoffensive

7. Städt. Gebäudemanagement

- ✓ Das städtische Gebäudemanagement personell stärken und von Aufgaben entlasten
- ✓ Wichtige (Groß-)Projekte, wie Stadthaus, Oper, Kita oder Schulen künftig durch Externe planen, steuern und umsetzen lassen

8. ÖPNV

- ✓ ÖPNV verbessern: Dieser muss verlässlich, bequem, taktverdichtet, sauber, sicher und bezahlbar sein
- ✓ Park- & Ride-Anlagen und Mobilitätshubs umsetzen

9. Wirtschaft

- ✓ Gute Wirtschaftspolitik = Durch Förderung der mittelständischen Wirtschaft die Schaffung von Arbeitsplätzen und höhere Gewerbesteuererinnahmen sichern
- ✓ Entwicklung und Vermarktung des letzten großen Gewerbegebiets in Bonn-Pützchen

10. Steuererhöhungen

- ✓ Durch konkret benannte Sparmaßnahmen sind keine Steuererhöhungen notwendig
- ✓ Detaillierter Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Haushaltskonsolidierung mit einem Gesamt-Einsparvolumen von über 30 Millionen Euro

Vergleichen Sie selber!

Von OB und Grünen/SPD/Linken/Volt beschlossen:

1. Klimaplan

- ✗ Ungekürztes 50-Mio.-Euro-Budget auf Kosten anderer Bereiche
- ✗ Klimaplan bleibt unangetastet und führt zu einem sozial ungerechten und unausgewogenen Haushalt

2. Kinder, Jugend und Familie

- ✗ Eine auskömmliche Finanzierung im Bereich Jugend – Fehlanzeige!
- ✗ Was jetzt nicht investiert wird, werden wir später doppelt und dreifach zahlen

3. Inklusion

- ✗ Zur Sanierung des Schwimmbads sind keine Mittel im Doppelhaushalt veranschlagt, Behindertenschwimmen wird in Bonn zukünftig nicht mehr möglich sein

4. Soziales

- ✗ Keine auskömmliche Finanzierung; Pflichtleistungen werden zu ungeplanten Mehrausgaben führen, Gefahr, dass sogenannte freiwillige Leistungen eingestellt werden

5. Sauberkeit und Sicherheit

- ✗ Nur in Naturschutzgebieten gewollt – ansonsten nicht
- ✗ Antrag der CDU trotz Bestätigung des Bedarfs durch die Verwaltung abgelehnt

6. Bürgerservice

- ✗ Trotz Auszugserfordernis aus dem Stadthaus Alternativvorschlag abgelehnt

- ✗ Näher am Bürger sein und parallele Digitalisierungsoffensive nicht gewollt

7. Städt. Gebäudemanagement

- ✗ Überforderung des SGB wird nicht angegangen
- ✗ Keine Ideen, das städtische Gebäudemanagement umzustrukturieren
- ✗ Keine Auslagerung von Aufgaben an Externe
- ✗ SGB wird ohne Leitung im Regen stehen gelassen sowie Stellen gekürzt

8. ÖPNV

- ✗ Koalition reduziert Fahrangebote und verspielt Chancen auf Taktverdichtungen und Angebotsverbesserungen
- ✗ Kein Bau von Park- & Ride-Anlagen
- ✗ Mobilitätshubs lassen auf sich warten

9. Wirtschaft

- ✗ Blümchenwiese statt Gewerbepark
- ✗ Abwanderungen von Unternehmen drohen

10. Steuererhöhungen

- ✗ Gewerbe-, Vergnügungs-, Beherbergungs-, Zweitwohnsitzsteuer ohne Not erhöht, anstatt massiv zu sparen
- ✗ Der selbst erzeugte Personalaufwuchs wird für die Steuererhöhungen verantwortlich gemacht und zusätzlich noch die Verschuldung Bonns verdoppelt

Ergebnis: Hemdsärmelige, teils unsoziale Haushaltsbeschlüsse, die in keinem Fachausschuss besprochen wurden. Mit den CDU-Vorschlägen wären Steuererhöhungen entbehrlich!

Hände weg von der Adenauerallee!

Adenauer ist in aller Bonner Munde. Aber es würde den altehrwürdigen Bundeskanzler Konrad Adenauer hier und heute nicht freuen. Die nach ihm benannte Straße Adenauerallee, die wichtigste Nord-Süd-Achse Bonns, soll „verkehrsberuhigt“ werden. Aus einer vierspurigen Straße soll eine zweispurige werden, flankiert in jede Fahrtrichtung durch eine sogenannte Protected Bike Lane für Fahrradfahrer – also breite geschützte Radfahrstreifen.

Wie kommt man auf so eine Idee? Die Antwort ist simpel: Wenn man rein ideologische Verkehrspolitik verfolgt, die den Radfahrer in den Mittelpunkt stellt. Oder wer ist „man“? Das sind die Oberbürgermeisterin und ihre grünen Chefideologen.

Fakt ist: Die Adenauerallee zwischen Koblenzer Tor und Bundeskanzlerplatz ist die wichtigste Verkehrsachse Bonns, insbesondere auch zur Erreichung der Innenstadt. Durch das Nadelöhr Koblenzer Tor ist zu den Hauptverkehrszeiten schon von jeher eine Stausituation gegeben. Eine Fahrspurreduzierung würde das mehr als verdoppeln.

„Wir wollen eine Verkehrspolitik, die allen Teilnehmern gerecht wird.“

Fakt ist: Die parallel verlaufende Rheinuferstraße zwischen Beethovenhalle und Zweiter Fährgasse wurde, ebenfalls aus rein ideologischen Gründen, vor knapp einem Jahr komplett für den Autoverkehr gesperrt. Sie war all die vergangenen Jahrzehnte eine mögliche Entlastung des Verkehrs auf der Adenauerallee. Das ist ersatzlos gestrichen worden. Wir als CDU wollten hier eine Einbahnstraße schaffen, um auch dem wichtigen Interesse der Erhöhung der Aufenthaltsfläche und Attraktivitätssteigerung der Innenstadt zum Rhein Rechnung zu tragen.

Fakt ist: Die parallel verlaufende Kaiserstraße zwischen Königstraße und Reuterstraße wurde bereits 2019 zur Einbahnstraße umgewandelt und um eine Fahrradspur erweitert, damit der Radverkehr neben der Wegeverbindung am Rhein eine zweite gute Alternative in der Nord-Süd-Verbindung erhält.

Fakt ist: Es wurden in den vergangenen Jahren zwei hervorragende Radrouten ausgebaut. Breite geschützte Fahrradstreifen auf der Adenauerallee sind schon deshalb vollkommen erlässlich!

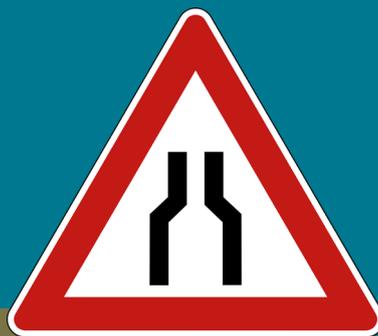


Nicole Bonnie

Vorsitzende der Bezirksfraktion Bonn

Was will die CDU?

Wir wollen möglichst fließenden Verkehr. Wir wollen eine gut erreichbare Innenstadt. Wir wollen eine Verkehrspolitik, die allen Teilnehmern gerecht wird. Wir wollen ein gutes Miteinander zwischen Fußgängern, Fahrradfahrern, Autoverkehr und ÖPNV. Und wir wollen die Bürgerinnen und Bürger beteiligen. ■



**Scharfe Kritik an
geplanter Einspurigkeit
auf der Adenauerallee**



Beueler Zentrum im Umbruch

Die grün-linke Koalition hat für das Herz Beuels umstrittene Maßnahmen angestoßen. Ob diese die Mitte des Stadtbezirks positiv oder negativ prägen werden, zeigt sich in den kommenden Jahren.

Heckelsbergplatz: von der grünen Mitte zum Wohnsilo

Das Prestigeprojekt der grün-linken Koalition ist eine Bebauung des Innenbereiches zwischen der Oberen Wilhelmstraße und Goetheallee. Über 40 Bäume, gepflanzt in den 70er-Jahren, sorgen hier für Abkühlung und Grün zwischen der engen Bebauung. Für Einkäufe und Stadtbummel nutzen viele Menschen den heutigen Parkplatz. Geht es nach der Koalition, werden die Bäume gefällt, der heutige Spielplatz verkleinert und mittendrin Wohngebäude errichtet. Das raubt nicht nur den heutigen Bewohnern die Wohnqualität, sondern heizt das Mikroklima im Zentrum weiter auf. Weder städtebaulich macht das Ansinnen von Grünen, SPD und Linken Sinn. Auch unter baurechtlichen Gesichtspunkten dürfte die notwendige Änderung des Bebauungsplans für die wenigen möglichen Wohneinheiten hohe Hürden haben und viele Jahre in Anspruch nehmen.

Autofreies Combahnviertel fern der Lebenswirklichkeit

Unter dem freundlichen Slogan „Bönnsches Veedel“ verbirgt sich ein grün-linkes Musterprojekt für das Combahnviertel. Hier sollen der motorisierte Individualverkehr und sämtliche Autos wegfallen. Ein autofreies Combahnviertel würde mehr Lebensqualität für die dort wohnenden Menschen bringen. Die grüne Metapher klingt gut, ist jedoch lebensfremd. Schließlich besitzen und nutzen sehr viele Haushalte ein Auto und werden dies auch zukünftig tun. Die

Koalitionäre verweisen dann auf die Rathausgarage oder das Brückenforum. Beide Tiefgaragen können keine ausreichenden Ersatzflächen bieten, da sie bereits stark genutzt werden. Die im Combahnviertel befindlichen Restaurants, Cafés, Geschäfte, Arztpraxen und Büros wollen auch zukünftig für ihre Kunden und Patienten erreichbar sein. Daher haben zahlreiche Ärzte und medizinische Dienstleister einen Brandbrief an die Oberbürgermeisterin verschickt.

Andererseits leben im Combahnviertel auch Menschen ohne eigenes Auto. Ihre Wünsche nach mehr Abstellflächen für Fahrräder, Carsharing-Stellplätzen und E-Ladesäulen sind verständlich und fließen auch in das Verfahren ein.

Die CDU wird sich für ein Bönnsches Veedel einsetzen, welches alle Interessen der Anwohner berücksichtigt und lehnt ein reines Durchsetzen von ideologischen Experimenten ab.

Dialog zur Friedrich-Breuer-Straße

Eine Bürgerwerkstatt mit zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürger hat kürzlich drei Varianten einer Umgestaltung der Beueler Haupteinkaufsstraße zusammengetragen. Grüne, SPD und Linke wollen hier eine autofreie Straße umsetzen. Jedoch auch hier wollen und sollen die Händler, Apotheken, Cafés, Restaurants und Arztpraxen weiterhin für alle erreichbar bleiben. Die gute Erreichbarkeit ist eines der Stärken des Beueler Zentrums und garantiert den Geschäftstreibenden Kundenfrequenz.

Eine reine Fußgängerzone ist hier gar nicht möglich, im Minutentakt fahren Busse und Bahnen hindurch. Mehr Flächen für den Gehweg können lediglich durch wegfallen-



Marco Rudolph
Vorsitzender der Bezirksfraktion Beuel

de Parkflächen entstehen. Für den Radverkehr ist die Friedrich-Breuer-Straße durch die Schienen nur sekundär geeignet. Deshalb ist die Siegfried-Leopold-Straße zur Fahrradstraße umgewidmet worden.

Weitere Varianten aus der Bürgerwerkstatt sind die Begrenzung des Verkehrs sowie die Beibehaltung des heutigen Verkehrs. Gerade kleine Verschönerungen machen bereits einen großen Unterschied und sorgen für noch mehr Attraktivität. Drei zertrampelte, unbepflanzte Baumbeete sind seit Sommer 2022 durch die CDU in Patenschaft bepflanzt worden (Bild oben r.) und erfreuen die Passanten. Die CDU hat eine klare Haltung zur Umgestaltung: Jede mögliche Veränderung sollte genau mit allen Interessen gleichberechtigt abgewogen werden. Vor einer politischen Entscheidung sollte unbedingt bedacht werden: Lange Bauzeiten mit Nichterreichbarkeit durch Bus, Bahn und Auto würden den Einzelhandel hart treffen und in Existenznöte bringen. ■



Innenstadtgestaltung – die richtigen Akzente setzen

Die Bad Godesberger Innenstadt ist derzeit im Stadtbezirk in aller Munde. Der „Masterplan Innenstadt Bad Godesberg“ ist ein weiterer Baustein auf dem Weg zu einer Erneuerung und Weiterentwicklung der Bad Godesberger Innenstadt, der mit dem Leitbildprozess vor einigen Jahren begann.

Parallel sind die Plätze „Am Fronhof“ und „Theaterplatz“ bereits Gegenstand konkreter Planungen zur Umgestaltung, die in den kommenden zwei bis drei Jahren umgesetzt werden sollen. Der Masterplan soll hingegen aufzeigen, wie sich die Innenstadt in den kommenden Jahrzehnten weiterentwickeln kann. Dennoch kommt es bereits jetzt darauf an, die richtigen Akzente zu setzen. Allerdings droht die Verwaltung unter Oberbürgermeisterin Katja Dörner schon zu Beginn des Weges falsch abzubiegen.

Eine Anpassung der Innenstadt an die klimatischen Veränderungen ist wichtig. Sie muss aber so geschehen, dass die zentralen Funktionen der Innenstadt als Zentrum für Handel, Gastronomie und Kultur gestärkt werden. Unsere Innenstadt muss auch weiterhin ein zentraler Ort für soziales Miteinander und Kultur sein. Dazu müssen auch langfristig Freiflächen für Traditionsveranstaltungen, wie Karnevalsumzüge, Nikolausmarkt und Kulturveranstaltungen vorhanden sein. Die Planungen zur Aufforstung des Theaterplatzes be-

trachten wir daher mit großer Sorge. Wenn Veranstaltungen für die Vitalität unserer Innenstadt in Zukunft noch wichtiger werden, darf die Umplanung nicht zu einer Einschränkung der Möglichkeiten für Veranstaltungen und Events führen.

Auch die bessere Erreichbarkeit der Innenstadt für alle Verkehrsteilnehmer ist ein wichtiges Ziel. Es ist von zentraler Bedeutung, dass sowohl Auto und Fahrrad als auch Fußgänger und Lieferverkehr in die Innenstadt gelangen können. Mit der Sperrung der Straße „Am Kurpark“ wird dieses Ziel nicht erreicht.

Oberbürgermeisterin verzögert Neubau des Kurfürstenbades

Auch beim Neubau des Kurfürstenbades agiert die Oberbürgermeisterin nicht im Interesse Bad Godesbergs. Ursprünglich war der Abriss des alten Kurfürstenbades für diesen Sommer geplant, um Platz zu machen für ein neues Bad. Der Planentwurf sieht vor, dass 76 Prozent des Jahreswärmebedarfs regenerativ durch Wärmepumpen erzeugt werden können. Damit würde das neue Kurfürstenbad zu einem der klimaschonendsten Bäder in ganz Deutschland gehören. Das bereits ambitionierte Ergebnis der Fachplaner reicht der Oberbürgermeisterin aber nicht. Stattdessen soll noch einmal geprüft werden, ob es möglich ist, gänzlich auf fossile Energieträger zu verzichten. Ob dies überhaupt möglich ist, muss ernsthaft bezweifelt werden.



Jens Rösken

**Vorsitzender der Bezirksfraktion
Bad Godesberg**

Außerdem hätte die Verwaltungschefin diese Vorgabe bereits vor Beginn der Planungen machen müssen. Stattdessen wird der Prozess aufgehalten und Abriss sowie Neubau verzögern sich weiter. Ob es sich tatsächlich nur um wenige Monate handeln wird, bleibt unklar. Die Leittragenden sind einmal mehr die Bad Godesberger Bürgerinnen und Bürger. Insbesondere Schülerinnen und Schüler, denen damit noch länger viel zu wenig Wasserfläche für Schulschwimmen zur Verfügung steht.

Die CDU wird die weiteren Planungen zur Umgestaltung der Innenstadt und zum Neubau des Kurfürstenbades weiter intensiv begleiten. ■



Mehr Förderung für die Stadtteilkultur im Hardtberg

Die Ratskoalition und ihre Oberbürgermeisterin setzen ihre Prioritäten einseitig auf Klima- und Verkehrspolitik und treiben die Stadt tief in die Verschuldung. Ein Blick in den Haushalt und die aktuellen Beschlüsse zeigt im Vergleich dazu, dass die Förderung der Kultureinrichtungen im Stadtbezirk Hardtberg keinen besonderen Stellenwert genießt.

Bestes Beispiel ist das Kulturzentrum Hardtberg, das sich durch sein reichhaltiges Angebot in der Bevölkerung großer Beliebtheit erfreut. Der Trägerverein Hardtberg Kultur wird zwar auch im neuen Haushalt Zuschüsse von der Stadt erhalten, aber angesichts der gestiegenen Kosten für Energie und den Betrieb des Hauses wird der Spielraum für kulturelle Veranstaltungen immer kleiner und die Hilferufe an das Kulturamt der Stadt immer lauter.

Die CDU-Bezirksfraktion fordert die Stadt Bonn auf, den Trägerverein Hardtberg Kultur aktiv bei der Finanzierung zu unterstützen und die vertraglichen Vereinbarungen für den zukünftigen Erhalt der zentralen

Kultureinrichtung des Stadtbezirks Hardtberg anzupassen. Nicht nachvollziehbar ist auch die Absage einer institutionellen Förderung für die Initiative Stadtteilkultur Brüser Berg, die vielen Kunstinteressierten einen Platz der Kreativität und der künstlerischen Heimat gibt und mit privatem Geld finanziert wird. Schon mit einem vergleichsweise kleinen städtischen Beitrag wäre viel gewonnen und ehrenamtliches Engagement auch für Kunst im öffentlichen Raum würde die verdiente Wertschätzung erfahren.

Keinen leichten Stand hat auch der Heimat- und Verschönerungsverein Lengsdorf, der das Heimatmuseum von der Stadt gemietet hat. Nur schleppend werden notwendige Renovierungen des Hauses durch das Städtische Gebäudemanagement erledigt und der Verein könnte mit einem Zuschuss der Stadt Ausbesserungsarbeiten auch selber erledigen.

Ärgerlich, dass die rot-grüne Mehrheit in der Bezirksvertretung Hardtberg den Antrag der CDU abgelehnt hat, dem Ver-



Bert Justus Moll

**Vorsitzender der Bezirksfraktion
Hardtberg**

ein aus dem Budget des Stadtbezirks für dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen unter die Arme zu greifen. Es ist an der Zeit, dass die Koalition zur Besinnung kommt und ihren Sonntagsreden für die Kultur in Bonn auch Taten folgen lässt. ■